

25



E

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen Sabine SCHWARZ und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 20.11.2017 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

betreffend private Kinderbetreuungseinrichtungen

Die Negativschlagzeilen reißen seit Monaten nicht ab: Ob Islam-Kindergärten, (Betreiber-)Netzwerke, deren Ziel der Fördermittelmisbrauch ist oder Pleiten von Betreibern, die jahrelang scheinbar unkontrolliert agieren konnten und dazu eine Reihe kritischer Stadtrechnungshofberichte, die die Baustellen schonungslos offenlegten. Allesamt Einzelfälle? Oder (doch) Symptome eines nicht funktionierenden Systems?

Unbestritten leistet die Mehrheit der privaten Kindergarteneinrichtungen wichtige, großartige und seriöse Arbeit in der Kinderbetreuung, mehr noch: Sie stellen als qualitätsvolle Mitgestalter des städtischen Kinderbetreuungsangebotes eine unverzichtbare Säule für unsere Kinder. Knapp 60 Prozent aller Kinderbetreuungsplätze werden aktuell durch private Träger zur Verfügung gestellt.

Es hat nunmehr den Anschein, als wollte man in Wien den privaten Sektor allein bestrafen für die Missstände der vergangenen Jahre. So wird uns immer öfter berichtet, dass Kindergärten/-gruppen nicht bewilligt oder gefördert werden – zudem gehen die Mittel zur Förderung privater Einrichtungen wie dem Voranschlag zu entnehmen ist, im kommenden Jahr zurück.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der zuständige amtsführende Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal wird aufgefordert, dafür zu sorgen, in Wien auch weiterhin die Wahlmöglichkeit für Eltern zwischen städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen zu ermöglichen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt.

Wien, 20.11.2017

